

Herrn

Bezirksvorsteher Franz Prokop

Richard-Wagner-Platz 19

1160 Wien

Wien, 8. Mai 2018

Betr.: Bauprojekt Gallitzinstraße 8-16

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

ich schreibe Ihnen heute ganz persönlich, weil ich von Ihnen und Ihrer Vorgangsweise in Bezug auf das Bauprojekt Gallitzinstraße 8-16 mehr als enttäuscht bin und mich als Bürger der Stadt von den rot-grünen Politikerinnen und Politikern im Allgemeinen und als Ottakringer im Besonderen von Ihnen persönlich nicht ernst genommen, ja verhöhnt fühle.

Sie waren bei der „Runder Tisch-Rotdruck“ Veranstaltung am 5. April 2018 in der Wiener Planungswerkstatt leider nicht persönlich anwesend und da ich dort meine Verwunderung über Ihr Verhalten in und nach der Sitzung gegenüber Ihrem Genossen Brandstätter kundgetan habe, hatte ich gehofft, dass Sie das, von der Bürgerinitiative „Pro Wilhelminenberg 2030“ vor und nach der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Jänner d.J. wiederholt angebotene persönliche Gespräch, doch führen werden. Im Nachhinein betrachtet, war es eigentlich zu erwarten gewesen, dass Sie an einem ehrlichen, persönlichen Gespräch nicht wirklich interessiert sind, habe ich doch Herrn Brandstätter am Ende der Sitzung über meine Enttäuschung über den ganzen Ablauf dieses Projektes informiert und darauf hingewiesen, dass Bürgerbeteiligung von Ihnen zwar groß verkündet wird, aber in der Praxis nur auf dem Papier besteht. Seine, die Verwahrlosung der Politik kennzeichnende Antwort: „Wenn Sie eine Lebensversicherung kaufen, bekommen sie auch schöne Farbdrucke, die viel Rendite versprechen aber keine Garantie, dass ihre Lebensversicherung diese später auch abwirft, lesen sie dazu das Kleingedruckte“, hat die Einstellung der SPÖ Ottakring zur Frage Bürgerbeteiligung ja deutlich zum Ausdruck gebracht.

In der erwähnten Sitzung, wurde uns ein „überarbeiteter“ Gründruck vorgelegt, der, wenn überhaupt, nur marginale Verbesserungen aufgewiesen hat und als Entwurf des endgültigen Rotdrucks präsentiert wurde.

In der Sitzung habe ich auch darauf hingewiesen, dass Sie in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 18. Jänner 2018 gemeint haben: „Es ist nicht mein Projekt, ich stehe dem Projekt kritisch gegenüber!“ und gefragt, in welchen Punkten Sie dem Projekt kritisch gegenüberstehen und was Sie konkret unternommen haben. Diese Frage blieb bis heute unbeantwortet. Dass Herr Brandstätter in der Sitzung der Bezirksvertretung es für nötig gehalten hat, Ihren genannten Hinweis unentschiedener zu interpretieren war ja auch sehr interessant und wäre an sich erklärungsbedürftig!

Für mich persönlich ist die ganze Vorgangsweise bei diesem Projekt extrem problematisch, aufklärungsbedürftig und zu hinterfragen:

- *Bauträger erwerben eine Kaufoption auf ein Grundstück, ohne eigentlich zu diesem Zeitpunkt zu wissen, ob und wenn in welcher Form eine Umwidmung in Bauland stattfinden wird. Es liegt die Vermutung nahe, dass es hier ein Vorabkommen mit der Politik gegeben hat, was auf meine diesbezügliche Frage, auch vom Vertreter der StÜBA, Ing. Neumayer, indirekt bestätigt wurde.*
- *Zu einer ersten Informationsveranstaltung im Oktober 2016 wurden seitens der MA 21 nicht einmal alle unmittelbaren Anrainer eingeladen, wie im Übrigen auch nicht im Folgejahr, im November 2017!*
- *In dieser Veranstaltung im Wispino legen die Bauträger bereits einen Verbauungsplan vor! Dieser wird in der Folge kaum abgeändert. Offensichtlich schreiben die Bauträger vor, was gebaut werden muss (Gefälligkeitswidmung), um möglichst viel Gewinn zu machen und die rot-grüne Mehrheit nickt das ab!?! Dazu meine Anmerkung: Wäre die Vorgangsweise nicht so: Der Verkäufer von Grünland sucht um Umwidmung in Bauland an. Dann erfolgt eine breite und transparente Abwägung in der Öffentlichkeit, ob mit oder ohne Einschränkung eine Umwidmung möglich oder eben nicht gewünscht wäre. Wird umgewidmet (mit klaren standortverträglichen Vorgaben, wie z.B. Bauklasse I., max.25% Flächenverdichtung), kann der Verkäufer einen Bauträger den Grund mit diesen Verbauungsvorschriften verkaufen. Der Bauträger kann sodann im Sinne der Umwidmung einen Bebauungsplan ausarbeiten.*
- *Da dies nicht passiert ist, stellt sich für mich die Frage: Welche Vorteile hat die rot-grüner Mehrheit oder einzelne Funktionäre im Gemeinderat oder im Bezirk davon, sich vom Bauträger die Bebauung als Wunsch-Flächenwidmung vorschreiben zu lassen und damit Immobilienhaie zu unterstützen, viel Gewinn zu machen - auch wenn diese stadtnahe Unternehmen sind?*
- *Am 16. November 2017 kommt es zur erwähnten weiteren Dialogveranstaltung, zu der seitens der MA 21 wieder nicht alle unmittelbaren Anrainer eingeladen wurden! Die offensichtlich selektive Einladung an sich erfolgte sehr kurzfristig (ab 3. November 2017), also unter zwei Wochen!*
- *In dieser Veranstaltung wurde zugesichert, dass von Bürgern gebrachte Einwände von der MA 21 möglichst berücksichtigt werden. Dies ist nicht erfolgt! Der dann ausgesandt Entwurf war mit 5. November 2017 datiert! Weder die Bauhöhe noch die Verbauungsdichte wurde reduziert, ein Verkehrskonzept liegt bis heute nicht vor, weil es laut Aussagen von „Experten“ nicht erforderlich ist! Ebenso fehlt ein umfassendes Umweltverträglichkeitsgutachten.*
- *Auf ein von uns ausgearbeitetes Alternativkonzept (Garten Liebhartstal-die Quelle Ottakrings) für eine reduzierte Verbauung der Gründe mit ausgearbeiteten Finanzierungskonzept, haben Sie es nicht für nötig gefunden, eine Antwort zu geben - Bürgerbeteiligung Marke Prokop?!*

- In der Sitzung des Petitionsausschusses der Gemeinde Wien am 30. Jänner 2018 wurde folgende Empfehlung abgegeben: „Der Ausschuss empfiehlt der zuständigen Planungsstadträtin Maria Vassilakou, „dass eine bestmögliche Abstimmung der gesamtstädtischen Interessen mit jenen des Bezirks und der Anrainer/innen sicherzustellen ist.“ **Eine ähnliche Aufforderung erging auch an Sie als Bezirksvorsteher von Ottakring! Dass Frau Vassilakou in dieser Hinsicht nicht unternommen hat, ist an sich sehr bedauerlich. Dass aber auch Sie es nicht für nötig erachtet haben, mit uns das wiederholt angebotene Gespräch zur Kompromissfindung zu suchen, ist mehr als enttäuschend!**

Dazu würde mich noch folgendes interessieren: Wer hat Ihnen eigentlich empfohlen, in Ihrer Stellungnahme an den Petitionsausschuss, auf die seinerzeitige, 1924-28 erfolgte Verbauung des Sandleitenhofs hinzuweisen und anzumerken, dass „man nicht immer nur dagegen sein kann“? **Letzteres ist an sich eine wissentlich falsche Darstellung und Provokation, da wir an sich nicht grundsätzlich gegen eine Verbauung sind, wie Sie nachweislich wissen und wir Ihnen ein Alternativkonzept mit Finanzierungsplan übergeben und immer wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert haben.**

Bemerkenswert auch einige Aussagen vom Leiter der MA 21, Herrn Hermann, in der Besprechung am 5.4.2018:

- Die Verwaltung handelt nur im Auftrag der Politik. (Anmerkung: Eh klar, ist ja eine weisungsgebundene Behörde!)
- Frau Vizebürgermeisterin hat sich eingesetzt, dass es eine intensive Diskussion mit der Bevölkerung gibt (Anmerkung: Es fand mit uns kein einziges Gespräch statt!)
- Mehrere Planungsvarianten wurden intern diskutiert und mit der Politik (Anmerkung: Mit welcher - offensichtlich nur mit der rot-grünen Mehrheit?) rückgekoppelt
- Dieser überarbeitete Entwurf des Rotdrucks liegt nur vor (Anmerkung: Und bringt bei genauer Betrachtung nur marginale Verbesserungen!)
- Wenn es Euch nicht gefällt, Euch das zu wenig ist, könnten wir auch zurück zum Gründruck von Juni 2017 gehen (Anmerkung: Ich habe Herrn Hermann gefragt, ob dies als Drohung zu verstehen sei, darauf seine Antwort: „Keine Drohung, ein wohlgemeinter Hinweis, wie Politiker reagieren könnten!“ - **Er muss es ja wissen und ich interpretiere das als Drohung!**)

Weitere, freundlich formuliert bemerkenswerte, Aussagen:

- KR Niedermayer (SÜBA): 50% der Wohnungen sind gefördert, daher ist dort ein niedrigerer/fixer Grundstückspreis vorgeschrieben. Eine dichtere Verbauung ist daher nötig, damit es sich wirtschaftlich rentiert (Anmerkung, die ich auch gleich in der Sitzung eingebracht habe: Wenn weniger viel gebaut werden darf, dann muss man für den Grund halt weniger zahlen oder sich mit einem geringeren Gewinn zufrieden geben)
- Ing. Pauer und Herr Brandstätter: Landwirtschaftliches Gebiet kann 9 Meter hoch verbaut werden (Anmerkung: **Kann heißt nicht muss! Das ist eine**

politische Entscheidung). Wenn die Gärtnerei Weidlinger den Grund gekauft hätte, hätten sie jetzt dort Glashäuser stehen (Anmerkung: Na und? Maximale Bauklasse I, aber sicher keine Bauklasse III). Wenn die derzeitigen Inhaber eine Schule oder ein Krankenhaus mit 9 Meter Höhe errichtet und diese der Gemeinde Wien vermietet hätten, könnten sie auch nichts dagegen machen (Anmerkung: Auch da hätte es einer Baugenehmigung bedurft, Krankenhausbedarf ist mit dem Wilhelminenspital abgedeckt und hätte ebenso wie bei einer Schule vorausgesetzt, dass die Gemeinde Wien die Objekte anmietet - **also kann ich das nur als provozierende Bemerkung werten!**)

- Ing.Pauer: Die Gemeinde Wien kauft keine Gründe (Anmerkung: Entspricht nicht den Tatsachen, außerdem ist die Gemeinde Wien der größte Grundstückbesitzer und auch Vermieter in Wien)

Zusammenfassend:

- Der jetzt vorliegende Entwurf für den Rotdruck hat wesentliche Anliegen der Bürgerinitiative **nicht berücksichtigt**.
- Das von der Bürgerinitiative gewünschte Perspektivenkonzept Wilhelminenberg/Leitbild für die Entwicklung bis 2030 wurde von Ihnen und den Grünen **völlig ignoriert**.
- UNESCO Biosphärenpark Wienerwald, Artenschutz etc. **ist Ihnen und vielen Politikern von rot-grün völlig egal** (Anmerkung: Das hat man auch schon bei den Steinhofgründen und beim Heumarktprojekt erlebt, wo die rot-grüne Mehrheit beim Heumarktprojekt den Verlust „Weltkulturerbe“ locker in Kauf nimmt).
- Ein „Kooperativer Planungsprozess“ hat zumindest bis heute **nicht stattgefunden**. Bürgerbeteiligung steht in Hochglanzbroschüren und wird von Jubelorganen geschrieben!
- Die Empfehlung des Petitionsausschusses wurde von Frau Vizebürgermeisterin und Ihnen, Herr Prokop, zumindest bis heute **nicht beachtet**.
- Unsere wiederholt vorgetragene Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen **wurde ignoriert**.
- **Ebenso ignoriert** wurde der vorgebrachte Wunsch nach einer geräumigen Zugangsfläche für die Allgemeinheit
- Der von der Bürgerinitiative ausgearbeitete Alternativvorschlag samt Finanzierungskonzept wurde **nicht einmal diskutiert!** (Anmerkung: Wurde der Vorschlag überhaupt verstanden?)

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, **noch wäre Zeit für ein Umdenken und zur Bereitschaft Gespräche mit dem Team der Bürgerinitiative mit dem Ziel zu führen, einen gemeinsamen, für alle akzeptierbaren Weg zu finden.**

Auch in unserem Bezirk rumort es gewaltig (Ottakringer Landhaus, Fuchsloch, Wilhelminenberg und Steinhofgründe). Immer nur „die Hände in Unschuld zu waschen“ ist zu wenig!

Es werden wieder Gemeinderatswahlen stattfinden, vielleicht früher als derzeit angenommen wird. Wollen Sie als einer der SPÖ-Politiker in die Geschichte

eingehen, die nicht auf die Interessen der Anrainer/innen als Alt- und Neuottakringer gehört hatten?!

*Ich hoffe noch immer, dass Sie die von Ihnen so oft betonte Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in Projekte auch im Falle der geplanten Verbauung der Grünflächen in der Gallitzinstraße 8-16 realisieren und uns zu einem Gespräch einladen und sich für eine **signifikante Redimensionierung der geplanten Verbauung** aktiv und mit Nachdruck einsetzen - zum Wohle der Ottakringer/Innen.*

Beste Grüße

Ludwig Neumann

Tel. 06644500520